

Einladung zur 13. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: **Freitag, 6. Januar 2017, 19.15-21.30 Uhr**

Wo: **SP Sekretariat in Solothurn**

Rossmarktplatz 1, 2. Stock, rechter Eingang

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Gemeinsamer Einstieg, Problemaufriss und Einblick in die beiliegenden Texte.

2. Teil:

Wann: **Samstag, 14. Januar 2017, 09.30-13.00 Uhr**

Wo: **SP Sekretariat in Solothurn**

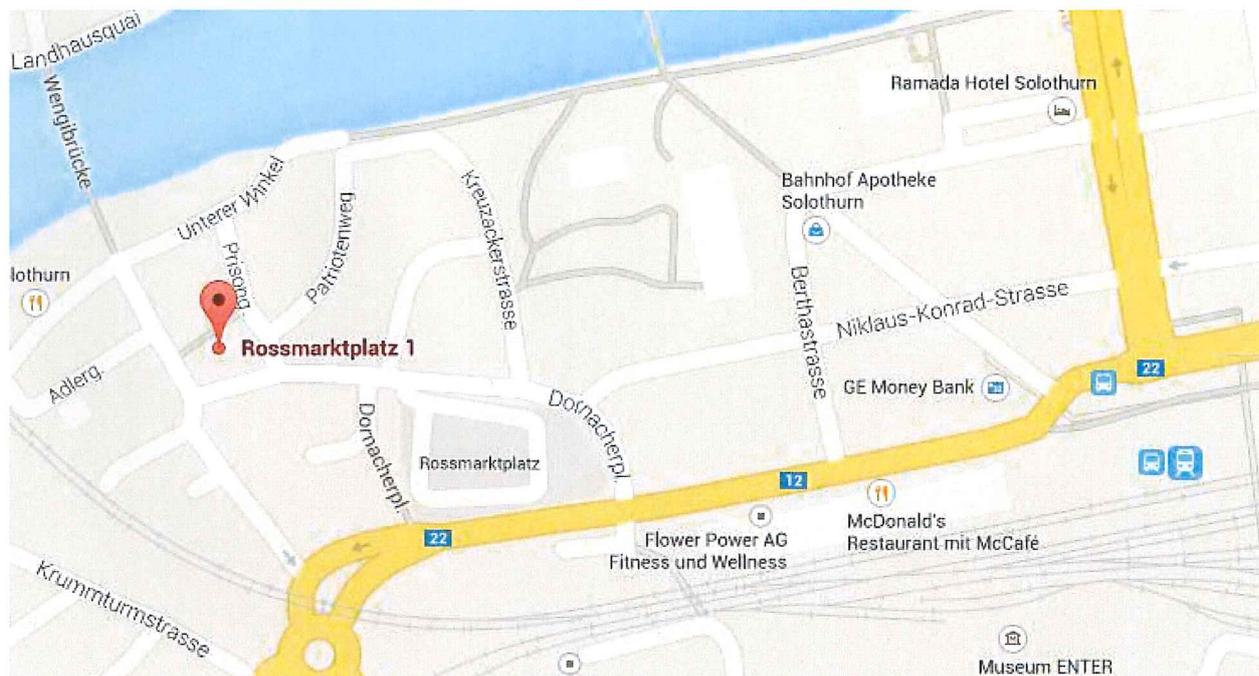
Rossmarktplatz 1, 2. Stock, rechter Eingang

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: Individuelle Beiträge, gemeinsame Diskussion und ermutigende Schlussfolgerungen.

Lageplan Rossmarktplatz 1 in Solothurn



Thema der 13. WR-Bildungswerkstätte

Die Linke ist, was sie macht.

Was sollten wir anders besser machen ?

Wie können wir wieder jene erreichen, die sich von uns abgewendet haben ?

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB
22. Dezember 2016/NW

SZ vom 2.12.16
Susanne Schaffner im Gespräch mit
Peter Bichsel und Tim Guldemann
30.11.16 in Olten

Die SVP bei den Lölis

Das ist für Peter Bichsel eine Steilvorlage, um über die SP zu reden. Als Berater von Bundesrat Willi Ritschard gehörte er zu den Vordenkern der Partei. Nun stellt er ihre Existenz infrage, wenn er sagt: «Es gab eine Partei, die sich SP nannte.» Bichsel kritisiert, die Partei finde heute nur noch in Bundes-

hat den griff zu SVP

1.»

Nationalrat

bern statt. Nicht mehr in den Sektionen und bei den Menschen. Das gelte im Übrigen für alle Parteien, ausgenommen die SVP. «Wenn irgendwo drei Lölis eine SVP gründen, dann kommt der Parteipräsident und hält einen mehrstündigen Vortrag.»

Tim Guldemann bleibt der sanfte Hinweis, dass die SP nach dem Rechtsrutsch in den USA jüngst wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnet hat. Dass die klassischen Parteien an Bedeutung verloren haben, mag jedoch auch er nicht abstreiten. Die Parteiendemokratie ist unbeliebt, weiss Guldemann. «Und künftig werden wohl noch weniger Leute an solche Gebilde glauben.»

Wird die Mitgliedschaft in einer Partei also zum Randgruppen-Phänomen? Selbst wenn sich diese Entwicklung verschärft, will Guldemann nicht schwarzmalen. Er vertraut der «Kraft der Zivilgesellschaft», dem Zusammenschluss von Menschen jenseits der etablierten Strukturen. So wie im vergangenen Winter, als eine bunte Allianz erfolgreich gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP kämpfte. Tim Guldemann spricht darum von einem «Aufstand der Anständigen» - und das quittiert selbst Peter Bichsel mit einem Nicken.

Sozialdemokraten:

Ohne kalte Füße geht es nicht

Die Sozialdemokraten suchen verzweifelt die Nähe zum Volk. Die linke Stadtpräsidentin von Burgdorf weiß, wie man diese herstellt.

Von **Aline Wanner**

12. Dezember 2016, 9:58 Uhr DIE ZEIT Nr. 51/2016, 8. Dezember 2016

Es gibt Kürbissuppe, Livemusik und eine Ansprache der Stadtpräsidentin. Elisabeth Zäch, 62, Sozialdemokratin, kurzes blondes Haar, elegante Stiefeletten, erscheint an diesem Samstagmorgen kurz vor elf Uhr in der Innenstadt von Burgdorf. Sie schüttelt Hände, eine Kunstradfahrerin tänzelt auf der Straße im Kreis, ein paar Leute stehen um sie herum. Rentnerinnen mit Einkaufswagen und Väter mit Kindern auf der Schulter wippen mit ihren Körpern gegen die Kälte. Gemeinsam frieren sie. Gemeinsam feiern sie: 20 Jahre verkehrsberuhigtes Stadtzentrum. Elisabeth Zäch tritt aus dem Grüppchen hervor und sagt: "Das Wichtigste ist: Die Begegnungszone funktioniert."

Seit Wochen diskutieren die Schweizer Sozialdemokraten, ob ihre Partei zu elitär geworden sei. Sie suchen nach einer "einfachen Sprache", die alle verstehen. Sie analysieren gemachte Fehler und Versäumnisse, sie fragen sich: Wie kommen wir wieder näher zum Volk?

Zum Beispiel am Parteitag in Thun. Die Veranstaltung beginnt gleichzeitig mit der Jubiläumsfeier in Burgdorf. Es gibt Fruchtwähen und Tadel. Über vierhundert Parteimitglieder sitzen in der warmen Expo-Halle an langen Bänken und diskutieren darüber, wie die SP ihr Elite-Image abschütteln und die "einfachen Leute" wieder für sich gewinnen kann. Mit der Parteitag-Theorie kann Elisabeth Zäch nicht viel anfangen. Sie widmet sich lieber der Praxis. An diesem Dezembermorgen steht sie ziemlich nah beim Volk, damit sie gut verstanden wird. Die Stadtpräsidentin redet gegen Verkehrslärm an und den Sound eines Straßenmusikanten. "Als ich damals in meiner Buchhandlung zum ersten Mal von einer Flanierzone in Burgdorf hörte", ruft sie ihren Bürgern entgegen, "war ich auch ein bisschen skeptisch." Aber dann habe sie sich überzeugen lassen. Man habe hier, im Städtchen, ein neues Modell entwickelt. "Wir schauen aufeinander." Sie meint damit: Autofahrer, Velofahrer und Fußgänger nehmen auf der Straße ebenso Rücksicht aufeinander, wie das Bürgerliche, Gewerbler und Grüne in der Politik tun.

Die Burgdorfer sind stolz, dass ihre Gemeinde als Erfinderin der Begegnungszone gilt. Das Konzept, das hier ausgeheckt wurde, findet sich

heute sogar in einem Bundesgesetz. Linke Politik kommt im Emmentaler Städtli in den vergangenen Jahren immer besser an. Die 16.000 Einwohner sind offen für die Ideen ihrer sozialdemokratischen Stadtpräsidentin: Tagesstrukturen für Schulkinder, Krippen, Kultur, gute Verkehrsverbindungen, neue, bezahlbare Wohnungen. "Wir verstehen uns als Stadt", sagt Zäch. "Und mein Weltbild ist so, wie Burgdorf jetzt tickt: weltoffen."

Anfang der neunziger Jahre waren es erst die großen Städte, die nach links kippten. Bald danach konnte die SP auch in immer mehr kleineren Städte neue Wähler gewinnen. Es waren Gemeinden wie Burgdorf, die seit Jahren wachsen, die aber gleichzeitig ein Zentrum ihrer Region sind, also ein städtisches Selbstverständnis haben.

Der Stoff der Handschuhe dämpft den Applaus für die Stadtpräsidentin. Sie mischt sich wieder unter die Leute, sucht ein Taschentuch, schneuzt und hört den anderen Rednern zu. Die denken lange und laut an vergangene Zeiten zurück, reden von Pioniergeist und Visionen. Zäch tritt von einem kalten Fuß auf den anderen.

Zur gleichen Zeit steht Evi Allemann in der Expohalle in Thun auf der Bühne und spricht in ein Mikrofon. Traktandum: "Wirtschaftsdemokratie". Die Präsidentin des Verkehrsclubs der Schweiz und Berner SP-Nationalrätin wäre eigentlich auch nach Burgdorf eingeladen gewesen. Aber der Parteitag war ihr wichtiger. Aus der Begegnungszone berichtet nur die Lokalpresse, über ihren Auftritt in Thun werden später die großen Sonntagszeitungen berichten. Darüber, wie Allemann den "verstaubten Polit-Slang" kritisierte und die Partei "von innen" verändern wolle. Damit sie endlich wieder "die Leute" erreicht.

Elisabeth Zäch wird die Leute auch in Zukunft erreichen – in ihrer Buchhandlung. Der Anlass in der Begegnungszone ist einer ihrer letzten öffentlichen Auftritte als Stadtpräsidentin. Ende Jahr tritt sie ab, nach acht Jahren. Als Zäch 2008 gewählt wurde, löste sie einen BDP-Politiker ab; vorher war das Amt jahrelang von den bürgerlichen Parteien besetzt.

Wie konnte sie die Leute von sich überzeugen? "Das war nicht so schwierig", sagt Zäch. Mit einem eigenen Geschäft im Städtchen habe sie ohnehin sehr viele Leute gekannt. "Mit der Hälfte bin ich per Du." Ja, sie sei wohl volksnah, ohne dass sie sich das ins Programm schreiben müsse.

Das reicht, um die Burgdorfer für sozialdemokratische Projekte zu gewinnen? Sie wisse gar nicht, sagt Zäch, ob ihre Politik besonders sozialdemokratisch sei. Sie versuche einfach, eine Politik zu machen, die der Mehrheit der Burgdorfer zugutekomme. Manchmal greift sie dafür auch zu unkonventionellen Mitteln.

Als sie noch Gemeinderätin war, hat sie sich für ein neues Schulhaus eingesetzt. Sie organisierte "Schulreisen" für interessierte Bürger und führte sie in die Schulhäuser, um ihnen zu zeigen, wie groß dort die Platznot tatsächlich ist. Sie gehe auf alle Leute zu, sagt die Stadtpräsidentin. Und sie habe die Nähe zur Wirtschaft gesucht, zu Immobilien-Investoren oder den lokalen Gewerblern, für die sie regelmäßig Apéros organisiere.

Vielleicht sei sie als Stadtpräsidentin manchmal ein bisschen zu pragmatisch geworden. Aber, sagt Zäch: Eine überzeugte Sozialdemokratin sei sie geblieben. Seit über vierzig Jahren ist sie Mitglied der SP. Einer Partei, die sich für die Schwächeren einsetze. "Vielleicht", sagt sie mit Blick auf die aktuellen Diskussionen, "sollten wir deutlicher zeigen, dass wir eine Politik machen, die allen nützt."

Die Burgdorfer, so scheint es, haben Zächs Botschaft verstanden. Bei den Wahlen am 27. November verhalfen sie einem Bündnis aus Sozialdemokraten, Grünen, Grünliberalen und der EVP zu einem historischen Sieg: In der Stadtregierung besetzen sie bald fünf von sieben Sitzen.

Rot-Rot-Grün im Trialog: Schaffen wir linke Mehrheiten!

19

Von Oskar Negt

An den Anfang setze ich, aus aktuellem Anlass, eine These: Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt und in ihrer komplexen Bedeutung verinnerlicht werden muss, und daher immer gefährdet ist. Ich werde daher nicht in erster Linie über Pegida und die AfD sprechen, sondern über den weit über die Bundesrepublik hinausreichenden gesellschaftlichen Kältestrom, der derartige rechtspopulistische Bewegungen erst möglich macht und in dem sich diese bewegen.

Der Blick in die Vereinigten Staaten, aber auch nach Europa zeigt: Wir leben in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche größten Ausmaßes. Im Öffentlichkeitsbild politischer Eliten zeigt sich jedoch eine starke Neigung, die Kernsubstanz des öffentlichen Lebens schon dann für ausreichend fundiert zu halten, wenn den kommenden Generationen ein volles Warenlager hinterlassen wird. Vielleicht ist es aber auch ganz anders; der Jurist Ernst-Wolfgang Böckenförde hat von einer paradoxen Situation gesprochen: Wir leben und zehren in den entwickelten demokratischen Gesellschaften von einer kulturellen Substanz, die wir nicht erzeugt haben und die wir auch nicht hätten erzeugen können – in den verengten Horizonten, in denen sich der „Tatsachenmensch“ von heute kulturell und politisch bewegt.

Denn niemand wird als politischer Mensch geboren; deshalb müssen demokratische Lernprozesse sehr früh beginnen und sie hören auch im Alter nicht auf. Dabei handelt es sich bei diesen Lernprozessen nicht einfach um die Aneignung von Regeln, sondern um die praktische Veränderung der Lebensführung. Demokratie ist eine spezifische Lebensform, die existenziell vom entwickelten Urteilsvermögen abhängt. Wo solche Prozesse der gesellschaftlichen Urteilsbildung stocken oder zu bloßen Ritualen heruntergewirtschaftet sind, zeigen sich sehr schnell Brüche im Gesellschaftsgefüge. So richtig fühlt sich niemand für solche Erosionen verantwortlich, die schließlich auch die Machtzentren etablierter Parteien und Institutionen erfassen, in den Vereinigten Staaten, aber auch in der Europäischen Union.

Der Gesellschaftsentwurf Europa, wie er gegenwärtig immer mehr zerfranst und mit dem Geschrei „Wir sind das Volk“ in einer geradezu lächer-

* Der Beitrag basiert auf der Rede, die der Autor beim Treffen von Bundestagsabgeordneten der drei Parteien SPD, Grünen und Linken am 18. Oktober 2016 in Berlin gehalten hat (die Schritfassung stützt sich auf das Protokoll des frei gehaltenen Vortrags).

lichen Verkehrung ursprünglicher Sinngehalte beschädigt wird, dieser mit Demokratie verknüpfte Entwurf ist aufs Äußerste gefährdet. Den rechtsradikalen Nachkriegsparteien, die faschistische Potentiale sammeln, fehlte der Massenanhang: Das hat sich radikal geändert, und darin besteht auch die eigentliche Gefahr. Diese antidemokratischen Bewegungen bedienen sich weitgehend demokratischer Mittel. Das ist schwer erträglich und noch schwerer zu verstehen.

Vielleicht hilft dagegen ein Blick zurück: Seit den im Westfälischen Frieden ausgehandelten Ermächtigungen der Souveräne, ohne besondere Rechtfertigung über Krieg und Frieden zu entscheiden (*ius belli ac pacis*), erweiterten die Nationalstaaten fortwährend den Legitimationsumkreis, der in einer durch Verlusängste gekennzeichneten Welt Sicherheiten versprach. Das Wort vom „friedenswirksamen Vergessen“, das in Osnabrück und Münter in Umlauf kam, verknüpfte sich mit der Idee der Toleranz.

Heute dagegen bewirkt das Vergessen das Gegenteil, nämlich eine massive nationalstische Rückwendung. Und die Motive, die das Handeln und Denken heute in eine Richtung drängen, die mit dem europäischen Einheitsgedanken gleichzeitig die Praxis demokratischer Eingriffe beschädigt, werden härter und nationalegotistischer mit jedem Schritt – übrigens im Widerspruch zur betriebswirtschaftlichen Vernunft, die das sonstige kollektive Handeln bestimmt.

Die Welt in der Krise – und die geistige Situation der Zeit

Wenn wir uns aber, wie ich behaupte, in einer Welt radikaler Umbrüche bewegen und Wege nur schwer erkennbar sind, die uns ein Aussteigen aus dieser Kritik im Handgemenge erlauben, dann bleibt die Frage: Mit welchem Krisenbegriff operieren wir dabei?

Man spricht von der Bankenkrise, der Krise des Bildungssystems – ich muss die verschiedenen Krisenherde nicht aufzählen. Sie sind öffentlich geläufig und jederzeit zitterbar. Auf einige werde ich noch eingehen. Dagegen werden Sie es vielleicht als abwegig betrachten, wenn ich in meiner Rede an den sprachlichen Ursprungsgehalt des Wortes *Krise* erinnere. Das sprachbewusste Volk der Griechen verband sehr viele Begriffe, mit denen wir heute hantieren, mit doppelstimmigen Deutungen; der Begriff der Krise gehört dazu. *Krisis* bedeutet einerseits trennen, scheiden, sondern, also *entmischen*, was nicht zusammengehört; andererseits entscheiden, urteilen, bis hin zur Figur des Richters, der etwas zur Entscheidung bringt. Und natürlich stammt auch das Wort *Kritik* aus diesem Zusammenhang. Wer sich auf den kritischen Prozess einlässt, hat bereits eine Entscheidung getroffen. Er ist „vermittelt“. Er ist einbezogen in einen gesellschaftlichen Prozess, ist Teil des Systems im gesamtgesellschaftlichen Zuschnitt charakteristischer Merkmale.

Zur Erklärung der geistigen Situation der Zeit kann eine Theorie des Soziologen Emilie Durkheim hilfreich sein. Ihm zufolge sind Gesellschaften in epochalen Umbruchsituationen mit einem Spannungszustand besonde-

rer Art belastet: Alte Werte, Haltungen, Loyalitäten, Bindungen haben ihre Überzeugungskraft und ihre auf Rechtfertigung beruhende Legitimation verloren; neue Haltungen und Werte sind noch nicht da, sie werden aber intensiv gesucht.

Es handelt sich gegenwärtig um eine derartige Situation kultureller Suchbewegungen. Die alten Institutionen, Wertordnungen, Verbindlichkeiten sind noch vorhanden, lediglich ihre begründete Geltung haben sie eingebüßt. Durkheim spricht von einem anomischen Zustand, einer Situation ausgesetzter Regeln. Das klingt relativ harmlos, kann politisch aber sehr folgenreich sein bis hin zu individuellen und kollektivem Selbstmord – die Verwahrlosung der bürgerlichen Öffentlichkeit, wie sie durch Trump im amerikanischen Wahlkampf vorgeführt wurde, würde Durkheim durchaus in diesen Orientierungsnotstand einordnen. Die großen Entwertungen – von Bindung, Erfahrung und Erinnerung – leisten Zuarbeit für die rechtsradikalen Bindungs- und Vereinfachungsangebote.

Ich will hier nur von der spürbaren Auflösung der *Loyalitätsbindungen* sprechen, von der mittlerweile alle Institutionen betroffen sind, Parteien, Gewerkschaften, staatliche Institutionen, Kirchen. Wenn wir uns aber in einer Welt intensiver kultureller Suchbewegungen befinden, in der sich alte Werte und Haltungen aus bindenden Verpflichtungszusammenhängen lösen, dann bedeutet das nicht, dass die Bindungsbedürfnisse nachlassen; im Gegenteil: Sie verschärfen sich und werden irrationaler!

Kapitalismus, Bindungsverlust und der »Saathoden des neuen Faschismus«

Das Fatale ist, dass das kapitalistische Wirtschaften auf Bindungslosigkeit setzt. Die großen Entwertungen von Erfahrung, Erinnerung und Bindung widersprechen jedoch den urmenschlichen Bedürfnissen, die doch eher auf Haltbarkeit und Dauer gehen.

Die totalisierende Warenproduktion schafft – mit fortschreitender Fragmentierung der Lebensverhältnisse – ein weites Feld von Bearbeitungen, die alle auf die Wiederkehr stabilisierender Orientierungen gerichtet sind. Die alten Staatsgebilde, so fragmentiert und weltwirtschaftlich verflochten sie auch sein mögen, scheinen immer noch identitätsstiftende Elemente zu enthalten, die einem beachtlichen Teil des Volkes ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln.

Jürgen Habermas hat jüngst vom „Saathoden des neuen Faschismus“ gesprochen.¹ Diese rechtsradikale Lagerung von vergiftetem Saatgut, das erst am Anfang der Aussaat steht, geht weiter zurück. Sie hat sich nicht erst im Zuge der den reichen Nationen aufgezungenen Flüchtlingsproblematik ergeben: Die neoliberale Plünderung der sozialstaatlichen Errungenschaften hat den Sozialstaat ruiniert. In bestimmter Hinsicht konnte man von einem

¹ Jürgen Habermas, Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht, in: „Blätter“, S. 35–42, hier: S. 39.

kollektiven Lernprozesses sprechen, der hier rückgängig gemacht wird, die Einsicht nämlich, dass die Grundlage eines friedensfähigen Gemeinwesens auf der Freiheit von Not und Angst begreift. Diese institutionell propagierten Sicherheitsversprechen – „Die Rente ist sicher“, verkündete der damalige Sozialminister Norbert Blüm unverdrossen – erwiesen sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer mehr als trügerisch. Die Reichen sind immer reicher geworden und die Armen immer ärmer.

Es ist schlimm, mit ansehen zu müssen, wie die einst linken Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und die Not der kleinen Leute nach rechts abwandern, und mit dem angereicherten Angstrohstoff, der sich aus einem Gebräu aus Abstiegsgängsten, Wut und Alltagsstrukturen zusammensetzt, zur Bearbeitung in die Hände von politischen Hasardeuren gelangen, die nichts anderes im Sinn haben, als die Geschichte des Humanismus und der Aufklärung zurückzudrehen.

Die Krise der Linken

Nein, ich neige nicht zur Dramatisierung, aber was sich gegenwärtig im Bezugsrahmen der europäischen Einigungsbemühungen abspielt, lenkt unmissverständlich die Aufmerksamkeit auf das Denken und Verhalten einer Linken, die noch vor gut 20 Jahren ein bestimmendes Reformgewicht auf der Baustelle Europa einbringen konnte. „Bonn ist nicht Weimar“, dieser Slogan richtete sich gegen falsche Analogien. Zu Recht! Die heutige Situation scheint eine ganz andere zu sein.

Die Nazis benötigten eine gewisse Zeit, um ihre Putschisten unter Kontrolle zu halten und den Machzuwachs aus freien Wahlen zu erwarten. Gerade heute ist nachdrücklich daran zu erinnern: Während die Linksparteien der Weimarer Republik einen Großteil ihrer Energie verbrauchten, um Gesinnungsgrenzen und Feindschaft gegeneinander zu markieren, bauten die Nazis im Schutz fast ununterbrochener Wahlerfolge ihre Machtposition aus und erbeuteten am Ende Stück für Stück den Staat. Im April 1932 wird Göring Reichstagspräsident. 1930 hätte eine Wende vielleicht noch gelingen können. Ein Jahr später schon nicht mehr. Das darf sich nicht wiederholen! Die Linksparteien, wie ich sie unter diesem Sammelbegriff einmal bezeichnen will, sind schon aus reiner Selbsterhaltung gezwungen, im Sinne solidarischer Kooperation das Gemeinsame zur Grundlage ihres Handelns zu machen.

Es gibt geschichtliche Konstellationen, die nur einmal auftreten und sich für Richtungsentscheidungen öffnen. Krisenzeiten, die Entscheidungen zwingend herausfordern, sind nur dann Erkenntniszeiten, wenn es klare gesellschaftliche Alternativen zu den als unerträglich empfundenen Verhältnissen gibt. Damit die Empörung der Wutbürger nicht in die Obhut betrügerischer Propheten gelangt, sind Arbeitsprozesse ganz anderer Art erforderlich als die, die sich realpolitisch kurzfristig messen lassen. Ich meine damit die orientierende Reichweite und die Anerkennung der Realitätshaltigkeit von Utopien.

Gewiss, jeder Gedanke, der über das bestehende System hinausweist und mit einem neuen Gesellschaftsentwurf verknüpft ist – ob es nun Sozialismus, Kommunismus oder schlicht nur „vernünftig organisierte Gesellschaft“ heißen mag –, steht heute im Verdacht, historisch längst widerlegte Gesellschaftskonstruktionen wiederbeleben zu wollen; Max Horkheimer spricht von „entlehnten Begriffen“. In manchen intellektuellen Diskursen spürt man bei bestimmten Themen Berührungspunkte, die in der Vergangenheit zum Grundbestand der intellektuellen Ausstattung der Arbeiterbewegung gehörten.

Aber die Sache mit den Utopien ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Linke Politik kann sie nicht ignorieren, ohne die menschlichen Lebenszusammenhänge aus dem Auge zu verlieren. Die drückende Realitätsmacht des Kapitalismus hat sich auch einschränkend und lähmend auf den Begriffshorizont der intellektuellen gelegt. Das überschreitende Denken, das risikoreiche Experiment, die Dinge so zu wenden, dass sie von verdeckten Seiten gesehen werden können, findet selbst bei denjenigen immer geringeren Anklang, die unentwegt die Risikogesellschaft im Munde führen.

Dass sich die Konservativen über das Ende der mit sozialistischen Traditionen verbundenen Vorstellungen kollektiver Bewegungen freuen würden, kann in Kenntnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts keinen verwundern. Dass aber große Teile der Linksinrektuellen die opportunistische Wendemitmacht haben und sich als hilfswillige Truppe der Enteignung emanzipatorischer Begriffe der sozialen Bewegungen der modernen Welt mit kräftiger Zuarbeit betätigen und so die eigene kulturelle Identität opfern, ist ein Skandal ersten Ranges. Löst man die Utopien ganz aus dem Erfahrungshorizont des Alltagslebens der Menschen und bindet sie an globale Entwicklungsgesellschaftlicher Neuordnung, dann hat man leichtes Spiel, mit Blick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Utopien in die Rumpelkammer alptraumhafter Praxisansätze zu verbannen.

Die Gerechtigkeitfrage und die chronische Unterernährung der Phantasie

Wenn nun einerseits alle Realisierungsversuche der Menschheitsträume von der vernünftigen Einrichtung der Welt in Alpträumen enden und alle utopischen Gesellschaftsentwürfe zum Scheitern verurteilt sind, andererseits die Menschen aber nicht daran denken, auf ihre Träume vom besseren und gerechteren Leben zu verzichten, wie soll das dann weitergehen? Wo ist anzusetzen, um ein kollektives Unglück aufzuhalten oder zu umgehen?

Um das leisten zu können, bedarf es eines großen Aufwands von Energien – Energien, die in depressiven gesellschaftlichen Situationen aufgebraucht werden, um es in einer als unerträglich empfundenen Lage überhaup zuhalten.

Alle großen Emanzipationsbewegungen der Menschheit zehren von den Utopien, dem überschüssigen Denken. Es gibt gesellschaftliche Umbruchsituationen, in denen die Phantasieproduktionen, wie die Welt aussehen

sollte und was dafür in der Gegenwart zu tun ist, einen überschäumenden Reichtum erzeugt. Die Renaissance gehört dazu, aber auch die Preussische Reformgesetzgebung, in der genauso über die Bildung nachgedacht wurde wie über die Heeresreform und die Rationalisierung der Verwaltung. Die Gegenwart leidet demgegenüber an chronischer Unterernährung der Phantasie, würde Ernst Bloch sagen; auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse gerichtete soziologische Vorstellungskraft verbraucht sich in der „Balance-Arbeit“, die nur für Augenblicke durch Empörung und Wut unterbrochen wird.

Verliert sich Utopie jedoch in den globalen Großentwürfen, dann ver-schwindet selbst die Gerechtigkeitfrage, die praktisch in allen Utopien das Leitmotiv ist. Wenn Utopie das ist, was ich darunter verstehe, nämlich die Erkenntnis einer als unerträglich empfundenen Situation, verknüpft mit dem bewussten Willen, die Verhältnisse zum Besseren zu verändern, dann muss der Substanzbegriff Utopie aufgelöst werden; aus Krisenherden müssen Handlungsfelder werden. Das ist eine gute Vorlage für handhabbare Strategien der Krisenbewältigung, die selbst dann sinnvoll sind, wenn sie nur den selbstbewussten Denkhorizont des Subjekts erweitern. Joachim Fest, einer der scharfsinnigen Konservativen, feierte 1989 nach dem Mauerfall die Entmythologisierung der Welt, indem er erklärte: Mit dem Einsturz der Utopien sei das Denken jetzt zur Realität befreit. Das Gespensterdasein dieser Gegenwart hat er nicht mehr miterleben müssen.

Keine Praxis ohne Theorie, keine Theorie ohne Praxis

Wenn ich in langer Sicht die Realitätshaltigkeit der Utopien betone, dann ist darin immer eingeschlossen ein Theoriebewusstsein, das seinen Sinngehalt in der Veränderung der Dinge hat. Das ist auch eine Aufforderung an die Verantwortlichkeit der Intellektuellen, nicht nur die Welt zu interpretieren, sondern die Welt auch zu verändern. Die Mächtigen dieser Welt brauchen keine Utopie, sie erfahren sie in ihrer Lebensausstattung unmittelbar. Das gilt nicht für die, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, die Mühseligen und Beladenen, die Entrechteten und Gedenütigten. In unserer Gesellschaft wird zu vieles als funktionsnotwendig und als alternativlos hingenommen, was für die Betroffenen eine ganz andere Dimension hat (etwa die konkrete Arbeitslosigkeit).

Meine moralischen Fragen verweisen auf Konstruktionsfehler unserer Gesellschaft; sie sind nicht sachfremd. Es ist eben ein Skandal, wenn 16 Millionen Menschen arm sind oder an der Armutsgrenze leben in einer der reichsten Gesellschaften der Geschichte. Diese droht an ihrem Reichtum und ihren Überschussprodukten zu ersticken und ist gleichwohl außerstande, für Millionen von Menschen das zivilisatorische Minimum für eine menschliche Existenzweise zu sichern: nämlich einen Arbeitsplatz, einen konkreten Ort, wo die Menschen ihre gesellschaftlich gebildeten Arbeitsvermögen anwenden können, um von bezahlter Leistung zu leben.

Es ist dabei zunächst noch keine Rede von Selbstverwirklichung in der Arbeit, sondern nur von der bloßen Möglichkeit, durch gegenständliche Tätigkeit, und sollte sie auch noch so entfremdet sein, die materiellen Grundlagen der eigenen Existenz zu sichern. Eine Gesellschaft, die dieses Minimum nicht mehr anzubieten im Stande ist, verspielt langfristig ihren moralischen Kredit, der für eine einigermaßen friedliche Konfliktregelung der Interessen ihrer Mitglieder unabdingbar ist; unter solchen Verhältnissen wachsen Gewaltpotentiale sehr schnell. Dabei ist es völlig gleichgültig, auf welche sogenannten Gesetzmäßigkeiten man sich dabei beruft, auf Weltmarkt Konkurrenz oder die Sicherung der technischen Innovation, um Beweise anzuführen, dass es so sein muss und von den Betroffenen einfach als Schicksal zu akzeptieren ist.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von Gewalt spreche, so meine ich das buchstäblich: Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule, der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben worden sind und jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen. Die soziale Frage hat sich eben nicht erledigt; in gewandelter und ausgeweiteter Dimension ist sie vielmehr von zunehmend drückender Aktualität, weil sie das ganze politische System in Frage stellt.

Bewegung im Stillstand

Gewiss, eine rot-rot-grüne Koalition wird nicht alle Arbeitsfelder, in denen sich weitgehender Reformbedarf angesammelt hat, beackern können; die neoliberalen Irrwege mit ihrer Aufteilung der Menschen nach Gewinnern und Verlierern haben eine fatale Hinterlassenschaft erzeugt. Sie haben das Wohl und Wehe des Gemeinwesens den Maßstäben einer betriebswirtschaftlich beschädigten Vernunft untergeordnet. Die Wachstumsideologie und die Neigung, Probleme abzukupeln, wenn sie nicht in das Schema dieser bornierten Ökonomie passen, haben zu einer Bewegung im Stillstand geführt, der notwendigen Reformgeist erstickt. Alles läuft so, als ob es sich um Naturereignisse handelte. So kann sich ungehindert die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen, objektiv vollzieht sich eine gewaltige Verschiebung der Produktionszentren in Bereiche der sogenannten Care-Berufe, des pflegerischen Umgangs mit Mensch und Natur, aber gerade diese sind von Kürzungen am meisten betroffen.

Eine Meldung des Volkswagenkonzerns vor wenigen Wochen enthielt den Vorschlag, die über 50jährigen vorsichtig aus dem Produktionsprozess auszuzuliefern, weil immer mehr mit immer weniger Anwendung lebendiger Arbeitskraft geleistet wird. Wo bleiben aber diese Menschen, wenn nach wie vor die Lebenserwartung steigt? Wo bleibt die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen?

Notwendig wäre eine grundlegende Reform der Arbeitsgesellschaft. An sich ist die Gesellschaft imstande, den Freiheitsspielraum der tätigen Menschen erheblich zu erweitern, so wie Marx das in seinen Frühschriften formuliert hat: In einer vernünftig eingerichteten sozialistischen Gesellschaft würde nach seinen Maßstäben die einseitig-bornierte Tätigkeit aufgehoben. Es ist eine Tätigkeitsutopie, die er entwickelt. Wenn die Gesellschaft die allgemeine Produktion auf einem hohen Niveau regelt, rückt die Vorstellung einer Mußgesellschaft in den Vordergrund, in der die alten Arbeitsteilungen verschwinden; ich bewege mich frei, „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu betreiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“. Es liegt eben nicht an den Produktionskapazitäten. Marx war ein großer Bewunderer der kapitalistischen Produktivität, die er sich in der heutigen Dimension überhaupt nicht hat vorstellen können.

Das Anfangskapitel einer neuen »großen Erzählung«?

Was ist von einem rot-rot-grünen Machtwechsel zu erwarten? Zunächst nichts anderes als eine Veränderung des politisch-kulturellen Klimas und damit Anstöße für eine Realisierung überfälliger Gesellschaftsreformen; Leitlinie wäre die Aufhebung des Gerechtigkeitsdefizits, das die Gesellschaft auseinanderzutreiben droht.

Vielleicht könnte das sogar das Anfangskapitel einer neuen „großen Erzählung“ sein, wie die, die Willy Brandt im Sinn hatte, als er davon sprach, „mehr Demokratie (zu) wagen“. Die gegenwärtig herrschenden Eliten tragen die Verantwortung für die Schiefelage, in die die Gesellschaft zunehmend gerät. Es ist höchste Zeit, ihnen die Macht zu nehmen, über die Resultate der kollektiven Arbeit gleichsam privat zu verfügen: Nur noch Utopien sind realistisch. Der gegenwärtige konfuse Zustand der Gesellschaft ist nicht das Produkt utopischer Phantasie, sondern der kollektiv beschädigten Realpolitik. Irgendetwas kann an dieser Art Realitätssinn nicht stimmen.

Die normative Überlebenskraft der Utopien lässt sich zum Beispiel am Begriff der Würde aufzeigen. Würde war zur Zeit Ciceros mit der Verleihung einer Amtswürde verknüpft. Die Dignitas allen Menschen zuzuschreiben, wäre selbst Cicero nicht in den Sinn gekommen. Er hätte es nur als Utopie formulieren können. Für Kant ist Würde dagegen der unverwechselbare und unaustauschbare Persönlichkeitskern aller Menschen. Wie schwierig der Umgang mit solchen Utopien ist, wenn man sie an der Realität misst, zeigt die geschichtliche Dimension dieses Würdebegriffs.

Es hat lange gedauert, bis der volle Realitätsgehalt der Utopie Würde zum Tragen kam. Die Weimarer Verfassung kennt ihn noch nicht; auch im zweiten, die Grundrechte betreffenden Teil der Verfassung wird nicht von Menschen gesprochen; das individuelle Subjekt der Verfassung ist der Staatsbürger, noch enger gefasst der deutsche Staatsbürger. Im Grundgesetz dagegen ist Würde als Staatsfundamentnorm, wie manche Staatsrechtler es ausdrü-

cken, fest verankert; unveränderlich und den Mächtigen nicht zur Disposition überlassen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, heißt es in Artikel 1. Dieser Würdebegriff schließt eben auch den Imperativ ein, die Verhältnisse so zu ordnen, dass ein würdiges Leben und Sterben möglich ist, oder wie Karl Marx es formulierte: „Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Entziehen wir den Rechtsradikalen den Angstrohstoff

Abgeordnete der drei linken Parteien, die hier vor mir sitzen und sich auf einen Trialog eingelassen haben, werden sich bei ihrer Entscheidung daran teilzunehmen auch Gedanken darüber gemacht haben, was diese drei Parteien verbindet. Der politische Alltagskampf eines Abgeordneten ist belastet mit fortwährenden Abgrenzungs- und Profilfragen. Viel zu selten wird ein Redner das Gemeinsame hervorkehren, wenn er um Wählerinnen und Wähler für sich und seine Partei wirbt. Dieses Treffen ist als solches ein politischer Tatbestand und ist offensichtlich als Versuch gemeint, überhaupt wieder ins Gespräch zu kommen, also eine gemeinsame Sprache zu suchen, die verlorengegangen ist. Den Rechtsradikalen (zu Unrecht mit dem milden Wort der Populisten bedacht) den Angstrohstoff, den sie fleißig bearbeiten, und damit den Handlungsboden zu entziehen, müsste der weitere Schritt einer Vereinigten Linken sein.

Was wären Programmpunkte, Selbstinschätzungen, Traditionslinien, die ein Gemeinsames ausdrücken, obwohl die Herkunft der drei Parteien, die Konstitutionsgeschichte doch sehr verschieden ist? Gemeinsam ist doch offenbar das „Bild vom Menschen“, seine Autonomiefähigkeit, Herrschaftskritik zu üben und sich der kommunikativen Vernunft zu bedienen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Der zum Kunden heruntergewirtschaftete und mit dem Stiegel unternehmerischer Identität ausgestattete Mensch wird sich hier kaum heimisch fühlen.

Wenn ich das Wort „Links“ so verwende, als könnte man daraus eine Ordnung mit klaren Grenzen entnehmen, dann muss ich das sofort einschränken und auf bestimmte Merkmale reduzieren. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit, um Verteilungsgerechtigkeit insgesamt, gehört zu den Grundprinzipien der Denkweise und des Handelns, die sich in der Tradition der Aufklärung bewegen.

Gerade heute ist es nötig, das Gemeinsame auch auf der Theorieebene und in der soziologischen Einschätzung der Gesellschaft hervorzuheben. Denn wie immer in solchen durch kulturelle Erosionen bestimmten geschichtlichen Situationen sind auch die philosophischen Freibeuter am Werk. Inzwischen bildet sich eine ganz neue Front, die, wie das Beispiel Donald Trumps zeigt, aus einem Gebräu von fremdenfeindlicher Ausgrenzung, Verwahrlosung des offiziellen politischen Systems und einer Entwertung demokratischer Grundrechte besteht.

Erstreben wir das Unmögliche

Einen Trialog, den es übrigens so in der aligriechischen Sprache nicht gibt, kann man beginnen, aber nicht abschließen. Angefangen habe ich mit der Deutung des Krisenbegriffs – nicht zuletzt auch als Hinweis darauf, dass mir ein Europa ohne Griechenland sprachlos erschiene. Ich beende meine Rede mit einem anderen Begriff aus der griechischen Sprache, der die gegenwärtigen Anforderungen an die Entscheidungssituation der drei Parteien gut trifft. Ich meine den Begriff: *Kairós*.

Dieses Wort bezeichnet eine Konstellation von Kräften, die einzigartig ist und selten zweimal auftritt. *Kairós* benennt den richtigen Zeitpunkt und den richtigen Ort für sinnvolle Interventionen. Was könnte in unserem Falle der richtige Zeitpunkt sein? Es ist genügend Zeit, um Arbeitsprozesse in Gang zu bringen, die ein linkes Profil der Politik und der Gesellschaftsentwicklung erkennbar machen und Orientierungen ermöglichen. Und der richtige Ort? Parlamentsabgeordnete haben nach wie vor privilegierte Aufmerksamkeitschancen in der Öffentlichkeit, wenn es um Konfliktäußerungen geht; schon dieses Treffen, nein, schon die Ankündigung davon, hat die Herrschaftsinstanzen dieser Gesellschaft in Unruhe versetzt.

Aber nie stellen sich linke Mehrheiten von alleine her. Bis es dazu kommen kann, ist viel Vertrauensarbeit nötig – auf diesen mühsamen, auch mit Enttäuschungen verbundenen Arbeitsprozess verweist Max Weber, wenn er Politik als Beruf zu definieren versucht: „Politik bedeutet ein langsames, starkes Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“

Weber nennt den weiten Begriff nicht Utopie, sondern das Erstreben des Unmöglichen. Man muss für eine Sache begeisterungsfähig sein. Das gilt vor allem für Kulturarbeiter aller Schattierungen, für Wissenschaftler, Dichter, Schriftsteller. Ohne Leidenschaft und Mut sind auch die schärfsten Analysen unserer Gesellschaft wirkungslos; das hat schon Kant präzise formuliert: „Aufklärung ist der Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Er spricht von selbstverschuldet, denn es liegt nicht an den verfügbaren Erkenntnismitteln, sondern am Mangel an Mut, sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen. Habe Mut, selbst zu denken, das ist der Schlachtruf der Aufklärung und die Grundlinie einer humanistischen Entwicklung der Gesellschaft. Niemand kann sich da raushalten! Denn es geht um die eigene Lebensgrundlage – um Demokratie als Lebensform. Es wäre fatal, wenn wir unseren Kindern Europa als Ruinengelände hinterlassen würden.

«Der Neoliberalismus ist diabolisch genial gestrickt»

Der deutsche Soziologe Oliver Nachtwey analysiert in seinem aktuellen Buch «Die Abstiegsgesellschaft» die wirtschaftlichen Verwerfungen der Gegenwart. Ein Gespräch über den Aufstieg der Rechten, unkonventionelle Lebensformen und die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Von [Daniel Hackbarth](#), [Anna Jikhareva](#) (Interview) und [Alina Emrich](#) (Foto), Frankfurt am Main



«Was der Linken fehlt, ist eine gemeinsame Erzählung»: Oliver Nachtwey im Frankfurter Institut für Sozialforschung.

Oliver Nachtwey empfängt am Frankfurter Institut für Sozialforschung. In den zwanziger und dreissiger Jahren haben die Philosophen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer hier geforscht und die Kritische Theorie entwickelt. In ihrem Umfeld versammelten sich etwa auch der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Erich Fromm oder der Philosoph Walter Benjamin. Der einzige Raum im total sanierten

Gebäude im Zentrum der Bankenstadt, der an die Vorkriegszeit erinnert, ist Adornos Bibliothek, prall gefüllt mit den Büchern des deutschen Philosophen. Heute kämen oft japanische TouristInnengruppen vorbei, erzählt Nachtwey. Beim Rundgang durch das Gebäude legt er auf der Dachterrasse einen Zwischenstopp ein, von der aus das Frankfurter Bankenviertel zu sehen ist. «Hier hat man den Klassenfeind gut im Blick», sagt der Soziologe lachend.

Vielleicht ist gerade dieser Ort geeignet, um über das Dilemma zu sprechen, in dem sich die heutige Linke befindet. Immer mehr Menschen sind empfänglich für Anti-Establishment-Botschaften und populistische Positionen. Gerade haben sie den Milliardär und Unternehmer Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt. Kaum jemand verkörpert den Widerspruch besser, in dem sich die RechtspopulistInnen bewegen: Mit ihrem Programm vertreten sie das Kapital, stehen für eine neoliberale, global möglichst offene Wirtschaft. Und zugleich geben dieselben Parteien vor, sich für die «kleinen Leute» einzusetzen. Hillary Clinton, die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin, war dagegen für viele die Vertreterin des verhassten Establishments – und damit auch für viele Linke unwählbar. Gerade in dieser Situation hänge es von der Linken ab, ob sie es schaffe, der rechten Welle Einhalt zu gebieten, sagt Oliver Nachtwey.

WOZ: Oliver Nachtwey, in den Analysen zum Rechtspopulismus heisst es jetzt immer öfter, an den Erfolgen der Rechtspopulisten sei die Linke schuld, weil sie die Arbeiterklasse vernachlässigt habe. Stimmt das?

Oliver Nachtwey: Ja. Ich bin jetzt 41 Jahre alt und gehöre zu den antiquierten Menschen, die nach wie vor davon überzeugt sind, dass der Klassenkonflikt zwar weniger sichtbar ist als im 19. Jahrhundert, aber trotzdem nie verschwunden ist. Viele Linke wollten davon in den vergangenen Jahren nichts wissen. Aber es ist höchst tragisch, nun auf diese Art in seiner Position bestärkt zu werden.

Natürlich sollte die Linke jetzt nicht in Arbeitertümelei zurückfallen und symbolisch die Blaumänner anziehen. Doch es gehört auch zum gegenwärtigen Gezeitenwechsel, dass zum ersten Mal seit langem wieder eine Diskussion über Klassen stattfindet. Sie hat in Deutschland zwar schon vor der Wahl Trumps begonnen, aber interessanterweise brauchte es einen französischen Autor – nämlich Didier Eribon und sein phänomenales Buch «Rückkehr nach Reims» –, um die Linke darauf hinzuweisen, dass sie sich wieder um diese Frage kümmern sollte.

Läuft man mit solchen Aussagen nicht Gefahr, die soziale Frage und identitätspolitische Kämpfe gegeneinander auszuspielen? Das Interessante an Eribons Buch ist ja gerade, dass er dafür plädiert, die Kämpfe zusammenzuführen.

Das Thema wurde ja beispielsweise bereits im Buch «Umverteilung oder Anerkennung» von Nancy Fraser und Axel Honneth aus dem Jahr 2003 verhandelt. Geht es um Identitäts- und Anerkennungskonflikte? Oder geht es um Umverteilungskämpfe? Ich glaube, der Grundfehler war, dass viele Linke die Konflikte oft in diesen dualistischen Kategorien gesehen haben: Identität oder Klasse, Ethnie oder Klasse, Geschlecht oder Klasse.

Wie äusserte sich das?

Die Gewerkschaften haben in der Nachkriegszeit nicht gerade dadurch auf sich aufmerksam gemacht, dass sie sich sehr stark um die Gleichstellung von Frauen oder den Kampf gegen Diskriminierung gekümmert hätten. Die Arbeiterbewegung blieb zu lange in alten traditionellen Mustern verhaftet. Anstatt diese Muster aufzubrechen, dialektisch zu wenden und zu synthetisieren, hat die neue Linke

dann einfach ein Gegenmodell entwickelt, das sich nur noch wenig um die Klassenfrage geschert hat. Das notwendige Ansinnen etwa des Feminismus konnte somit von den Neoliberalen gekapert werden. Der Feminismus wurde seines sozialen Kerns beraubt – und plötzlich ging es nur noch darum, dass Frauen in Führungspositionen gelangen können.

Vermutlich sollten wir die Geschichte der Linken wieder einmal anders lesen. Die Arbeiterbewegung war eine der bedeutendsten Kräfte, die sich für das Frauenwahlrecht eingesetzt haben. Und nach der Russischen Revolution wurde als Erstes das Recht auf Scheidung eingeführt. Über Friedrich Engels und August Bebel, den Begründer der deutschen Sozialdemokratie, kann man natürlich viel Kritisches sagen; doch die beiden haben diesen Themen ganze Bücher gewidmet. Ich sage nicht, es hätte nicht mehr getan werden müssen – aber man war diesen Anliegen gegenüber keineswegs blind.

Wie müsste die Linke heute agieren?

Was der Linken fehlt, ist eine gemeinsame Erzählung. Ich weiss auch nicht genau, wie ein solches Narrativ lauten könnte – momentan weiss das wohl niemand so recht. Aber man könnte sich zumindest darauf einigen, dass es an einem gemeinsamen Narrativ fehlt. Im Anschluss daran könnte man damit beginnen, daran zu arbeiten. Denken Sie an die Nuit-Debout-Bewegung in Frankreich: Genauso wie Occupy fehlte ihr eine Vision. Viele Linke waren in den vergangenen Jahren zu sehr mit sich selbst beschäftigt, kultivierten einen Narzissmus der kleinen Differenzen.

Sie haben ein Buch über die «Abstiegsgesellschaft» geschrieben. Einer Ihrer Schlüsselbegriffe ist «soziale Moderne». Was bedeutet das?

Der Begriff bezeichnet den epochalen Wandel in der Nachkriegszeit. Den Mitgliedern der Arbeiterklasse wurde der kollektive wie individuelle Aufstieg ermöglicht, gleichzeitig wurden soziale Rechte etabliert, etwa die Integration in die Krankenversicherungssysteme. Trotzdem sollte man diese Periode nicht zu einem goldenen Zeitalter verklären. Während die deutsche – im Wesentlichen männliche – Arbeiterschaft aufstieg, holte man sich «Gastarbeiter» ins Land, die man bei der ersten Wirtschaftskrise dann schnell wieder aus dem Land schaffte. Zudem war das damalige Normalarbeitsverhältnis in aller Regel deutschen männlichen Facharbeitern vorbehalten. Normativ erwartete man dagegen von Frauen, dass sie zu Hause blieben und sich um Kinder und Haushalt kümmerten.

Auf diese «soziale Moderne» folgte eine «regressive Modernisierung», die der heutigen Abstiegsgesellschaft den Weg bereitete.

Nehmen wir noch einmal das Beispiel des Feminismus: Die Kritik am männlichen Ernährermodell führte zwar dazu, dass der Arbeitsmarkt auch für Frauen geöffnet wurde. Doch das Resultat dieser Entwicklung ist, dass heute nicht nur die Männer schlechtergestellt sind, sondern dass die Arbeitsbedingungen für Männer wie für Frauen schlechter geworden sind. Aus der Sicht des Kapitals sind inzwischen viele Strukturen der Gesellschaft so diabolisch genial konzipiert, dass wir uns alle immer wieder darin verstricken: Man spart, indem man bei H & M einkauft, obwohl man weiss, dass dort Niedriglöhne bezahlt werden. Oder man möchte trotz eines geringen Einkommens Ferien machen und fliegt dann mit Billigairlines nach Italien. Das ist der Mechanismus zur beständigen Herstellung neoliberaler Komplizenschaft – für mich der Kern der regressiven Moderne. Nonkonformistisch zu leben, wird dadurch immer schwieriger.

Unkonventionell zu leben, ist heute auch schon fast zu einem Zwang geworden. Das beste Beispiel dafür ist doch die Figur des Hipsters.

Der Hipster ist eine wahnsinnig neoliberale Figur, die erste Jugendbewegung, die ihre Identität nicht

benennt und nicht zu einem Kollektiv gezählt werden will. Er möchte völlig nonkonformistisch sein, aber ist im Grunde vor allem der nonkonformistische Konformist: mit der Kleidung, den Fahrrädern ohne Bremse. Das war bei den Punks oder den Hippies noch ganz anders.

Hinzu kommt noch, dass inzwischen vor allem Rechtspopulisten nonkonformistisch und exzentrisch auftreten.

Ja, das ist verrückt! Irgendwann haben die Neonazis angefangen, den Stil der Autonomen zu imitieren. Mittlerweile lassen sich diese beiden Gruppen optisch praktisch nicht mehr voneinander unterscheiden.

Ausserdem eignet sich die Rechte klassische linke Begriffe an: Elite, Freiheit, Kultur, Establishment. In den sechziger Jahren war es für die Linke kein Problem, eine harte Elitenkritik zu äussern – im Gegenteil. Heute ist die Linke entweder zu verbalradikal oder zu zaghaft. Jetzt ist «Establishment» auch noch zu einem rechten Kampfbegriff geworden – und es wird für die Linke sehr schwierig, diesen Begriff als politische Kategorie wieder zurückzuholen.

Ihre Antwort auf diese Herausforderungen ist ein linker Populismus. Wie könnte der aussehen?

Zurzeit liegt die politische und ökonomische Macht in den Händen einer kleinen Gruppe. Zuerst müsste man deshalb einen Antagonismus zu diesem Establishment herstellen. Occupy hatte ja bereits einen populistischen Ansatz, als man von den 99 Prozent sprach, die dem einen Prozent gegenüberstehen. Stellt man auf diese Weise einen Konflikt her, konstituiert man damit zugleich das Bild eines von den Eliten unterscheidbaren demokratischen «Anderen», das zugleich auch ein «Wir» ist.

Das machen die Rechtspopulisten doch auch.

Deswegen darf man auch nicht so tun, als wäre dieses «Andere» ein homogenes Volk und von daher irgendwie besser. Das ist ja das, was die Rechtspopulisten machen: die Reinheit des «Volks» beschwören, definiert durch die ethnische Zugehörigkeit. Ein linker Populismus hingegen, wie ihn etwa auch die belgische Politologin Chantal Mouffe fordert, müsste einen «Demos», also ein «demokratisches Volk», konstituieren – und dieser Demos dürfte nicht ausgrenzend und müsste selbstreflexiv sein, sich also auch immer wieder selbst hinterfragen. Er dürfte keine undurchlässigen Aussengrenzen haben. Stattdessen müssten die Grenzen im politischen Prozess immer wieder neu verhandelt werden. Das wäre ja gerade das Demokratische an einem linken Populismus. Der Demos dürfte sich auch nicht irgendwelchen Anführern unterwerfen und müsste sich stattdessen politischen Prinzipien verschreiben, zum Beispiel Demokratie und Solidarität. Letztlich beruht Populismus zwar immer auf der Anmassung, für die Mehrheit zu sprechen – doch es kann sehr wohl eine demokratische Anmassung sein. Entsprechend hat Podemos beispielsweise auch immer gesagt: «Wir wollen die absolute Mehrheit!»

In Pablo Iglesias hat aber auch Podemos eine starke Führungsfigur.

Das stimmt. Iglesias nimmt zwar eine exponierte Stellung ein, doch seine Position wird innerhalb der Partei immer wieder hinterfragt und herausgefordert. Auch im Fall von Bernie Sanders war die Bewegung, die sich um ihn scharte, sehr auf seine Person zentriert – man wird aber abwarten müssen, ob dies auch so bleibt. Wir erleben gerade einen neuen Populismus im angelsächsischen Raum, bei dem interessanterweise alte, relativ uncharismatische Männer im Vordergrund stehen.

Nicht zuletzt sind es alte weisse Männer.

Das stimmt natürlich, aber wenn man genauer hinsieht, kann man auch andere Facetten erkennen: Bernie Sanders hat beispielsweise den Schulterschluss mit der Black-Lives-Matter-Bewegung gesucht. Die Kritik an den alten weissen Männern ist zum Teil richtig, aber die Praxis der gesamten Linken hat da noch Luft nach oben. Gehen Sie doch mal in eine linke Kneipe, und zählen Sie, wie viele Migrantinnen und

Migranten sich dort aufhalten. Die entscheidende Frage ist: Wie könnte man einen Linkspopulismus betreiben, ohne dabei ausgrenzend und protektionistisch zu werden?

Die Kritik am Establishment oder an den Eliten ist doch mittlerweile vollständig von der Rechten besetzt. Müsste eine linke Kritik nicht ohnehin eher strukturelle Verhältnisse in den Blick nehmen, anstatt einzelne Personengruppen moralisch zu verurteilen?

Der Populismus von Bernie Sanders war beispielsweise nicht auf Personen fixiert. Er hat doch gesagt: «Das Establishment ist die Wall Street.» Jetzt könnte man natürlich einwenden, dass es sich dabei um eine verkürzte Kapitalismuskritik handelt. Aber man kann auch mit der Rede vom Establishment systemische Mechanismen identifizieren. Ich hänge aber nicht an einzelnen Kategorien, auf den Begriff des Establishments kann man durchaus verzichten. Es geht ja vor allem darum, eine für den Alltagsverstand erkennbare Zuspitzung von Machtverhältnissen vorzunehmen.

Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass Sanders und Corbyn alte weisse Männer sind: Vielleicht verkörpern sie ja gerade deswegen besonders erfolgreich die Sehnsucht nach der «guten alten Zeit», in der Arbeiterführer für allgemeinen Wohlstand sorgten.

Ein solches Zurück in die Vergangenheit wäre schon aus normativen Gründen nicht wünschenswert, weil man dann ja auch das männliche Ernährermodell und die Rolle der Hausfrau restaurieren müsste. Es wäre absurd zu meinen, man könnte die Prekarität bekämpfen, indem man einen Teil der Gesellschaft wieder aus dem Arbeitsmarkt entfernt. Das wäre eine totale soziale Regression. Genau das ist ja die Strategie der Rechtspopulisten: die Restaurierung des alten Frauenbilds – wozu auch der Kampf gegen das Abtreibungsrecht zählt –, um so letztlich den Arbeitsmarkt für die Männer «freizuräumen». Man darf nicht vergessen, dass die Rechten, die sich auf einmal als Feministen aufspielen, wenn es um Migranten geht, im Umgang mit den Frauen in Europa völlig reaktionär sind.

Die Pointe einer neuen linken Erzählung müsste gerade darin liegen, die Errungenschaften der neuen sozialen Bewegungen wie des Feminismus et cetera um kein Jota infrage zu stellen. Es reicht aber auch nicht, sich hinzustellen und zu sagen: «Wir brauchen ein linkes Regierungsbündnis gegen die rechte Bedrohung.» Das ist zu wenig, da steckt keine neue linke Erzählung drin, mit der man die Demokratie neu beginnen könnte. Stattdessen muss es darum gehen, die Anerkennungs- und Umverteilungskämpfe wieder zusammenzuführen. Und darum zu sagen: «Wir verändern unsere eigene Gesellschaft – und am besten gleich die ganze Welt!»

Oliver Nachtwey

Der Soziologe und Ökonom Oliver Nachtwey (41) ist Vertretungsprofessor an der TU Darmstadt und Fellow am traditionsreichen Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main, wo er unter anderem über soziale Bewegungen, verschiedene Protestformen und den digitalen Kapitalismus forscht.

Seine Monografie «Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne» ist in Deutschland ein Bestseller. Nachtwey veröffentlicht zudem regelmässig Beiträge in verschiedenen Tageszeitungen und der Politzeitschrift «Blätter für deutsche und internationale Politik».

«DIE ABSTIEGSGESELLSCHAFT»

Auf der Rolltreppe abwärts

Wie behaglich war doch die Nachkriegszeit – zumindest für weisse Mittel- und Westeuropäer: Die Wirtschaft wuchs, die materielle Ungleichheit nahm ab, und Erwerbsbiografien, in denen Berufstätige ihr

gesamtes Arbeitsleben im selben Betrieb blieben, waren nicht ungewöhnlich. Im Französischen bezeichnet man die Jahre zwischen 1945 und 1975 daher auch als «trente glorieuses» – die «glorreichen dreissig Jahre». In den achtziger Jahren sprach der deutsche Soziologe Ulrich Beck rückblickend vom «Fahrstuhleffekt»: Zwar gab es auch in dieser Zeit Arm und Reich, doch dank des Sozialstaats und konstanten Wachstums ging es unterm Strich für alle aufwärts.

Diese Ära eines regulierten Kapitalismus ist allerdings schon lange passé. Der deutsche Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey plädiert deswegen in seinem aktuellen Buch «Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne» dafür, das Bild vom Fahrstuhl durch das der Rolltreppe zu ersetzen – mit der Pointe, dass es auf dieser kollektiv abwärtsgeht. Die Metapher versinnbildlicht das Los gerade der unteren Mittelschicht: Deren Mitglieder müssen enorme Anstrengungen auf sich nehmen, um einen sozialen Abstieg zu verhindern – wie ein Fussgänger, der versucht, eine Rolltreppe gegen die Fahrtrichtung nach oben zu gehen.

Ursache dieser Entwicklung ist laut Nachtwey, dass die westlichen Ökonomien das Ende ihres Wachstums erreicht haben. Entsprechend spricht er vom Zeitalter des «Postwachstumskapitalismus». Der zu verteilende Profitkuchen wächst also kaum noch, worauf das Kapital seit den siebziger Jahren mit einem verschärften Klassenkampf von oben reagiert hat.

Damals begann der Siegeszug dessen, was man als Neoliberalismus bezeichnet. Der Erfolg seiner VertreterInnen beruht dabei auch darauf, dass er das verbreitete Unbehagen an der Bürokratie der Nachkriegszeit kanalisierte und mit dem Versprechen von mehr Freiheit für den Abbau des Sozialstaats warb. Nachtwey fasst dies prägnant mit dem Begriff der «neoliberalen Komplizenschaft» zusammen. Die Strategie ging auf – auch deswegen, weil die Jahre nach 1945 nicht nur von Wohlstand geprägt, sondern auch Zeiten beengter Verhältnisse waren, die Frauen kaum Raum zur selbstbestimmten Existenz liessen.

Primär mit Blick auf Deutschland zeichnet Nachtwey ein stimmiges Bild von Entwicklungen, die in eine von der Rückkehr der «sozialen Frage» bestimmte Gegenwart geführt haben; und in der zunehmend grundlegende zivilisatorische Errungenschaften infrage gestellt werden. In der Abstiegsgesellschaft, so Nachtwey, erhielten vor allem Bewegungen Zulauf, deren Ziel es sei, «sich der liberalen Grundlage unserer Gesellschaft zu entledigen». Wie dieser Herausforderung begegnet werden könnte, lässt Nachtwey zwar offen. Doch Analysen wie die seine sind überhaupt erst die Voraussetzung dafür, schlüssige Antworten auf das Erstarren der Rechten zu erarbeiten.

Daniel Hackbarth

Oliver Nachtwey: «Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne». Suhrkamp Verlag. Berlin 2016. 263 Seiten. 26 Franken.

Helden der Cleverness

Podemos in Spanien, die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, die AfD in Deutschland oder die Ein-Mann-Bewegung von Donald Trump in den USA leben von der hasserfüllten Anklage der Eliten. Welche Eliten gebiert der antielitäre Furor?

Zum Populismus gehört der Antielitismus. Podemos in Spanien, die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, die AfD in Deutschland oder die Ein-Mann-Bewegung von Donald Trump gegen alle anderen in den USA leben von der hasserfüllten Anklage der Eliten, von denen man sich verraten und verkauft fühlt. Mit Elite meint man nicht die Prominenten, die mit Geschichten der Selbstentblössung Millionen durch Netz- und Live-Auftritte verdienen, auch nicht die, die mit Steuertricks und Finanzmarktmanövern für die Vermehrung ihres Reichtums sorgen, sondern in erster Linie die «Mächtigen», die hinter den Türen von Regierungszentralen, Zentralbanken und auch Entertainment-Hauptquartieren angeblich in kühler Selbstherrlichkeit die Welt regieren.

Eine herrschende Meinung

Es scheint geradezu eine herrschende Meinung zu sein, dass die Eliten [das Volk betrügen](#): mit dem Management von Komplexität, mit der Dekretierung von Alternativlosigkeit und mit dem falschen Pathos von Menschenrechten. Die Regierenden tun so, als ob sie nur die notwendigen Entscheidungen zum Aufhalten des Weltuntergangs treffen («Whatever it takes» oder «Wir schaffen das!»), aber dabei sehen sie nach Ansicht des Publikums darüber hinweg, wie schwer das Leben für die meisten heute [unter dem Druck von Produktivitätssteigerung und Konkurrenzerweiterung](#) geworden ist.

Man will sich nicht mit dem Gemeinplatz abspeisen lassen, dass der ökonomische und gesellschaftliche Wandel Verlierer und Gewinner hervorbringe: Wie viele mühen sich und legen sich krumm und kommen doch auf keinen grünen Zweig! Wessen Arbeitsplatz ist denn nicht von der Digitalisierung von Güterproduktion und Dienstleistungserbringung bedroht!

Die Eliten der smarten Selbstbezogenheit und der evidenzbasierten Gefühlslosigkeit – so die Wahrnehmung – werden sekundiert von einer Wissenschaft, die mit Hinweis auf globale Abhängigkeitsverhältnisse, auf die Fallen der Politikverflechtung und verzweigte Rechnerarchitekturen einer Form der Herrschaft das Wort redet, in der niemand für etwas verantwortlich ist, aber nichts ohne Grund zu geschehen scheint.

Am Ende ist – im populistischen Tenor – nur klar, dass die auf der Piazza ausbaden müssen, was die in den Palazzi sich vor ihren silbern schimmernden Apple-Rechnern über die Welt von morgen ausgedacht und zurechtgelegt haben. Populistische Politik definiert sich auf diese Weise als Politik der neunundneunzig Prozent «da unten», die gegen die Arroganz des einen Prozents «da oben» rebelliert.

Was für ein Verlangen, was für eine Sehnsucht steckt in diesem Furor gegen die Eliten, der sich überall auf der Welt breitmacht? Erwarteten die Leute zu viel von ihren Eliten? Und umgekehrt: Was können diejenigen, die Führungspositionen in unseren Gesellschaften einnehmen, den Bürgerinnen und Bürgern, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, für die sie verantwortlich sind, guten Gewissens noch versprechen? Wie definiert sich das Verhältnis von Elite und Nichtelite in einer Welt der Unsicherheit und Unübersichtlichkeit?

In den USA können sich die Anhänger wie die Gegner von Donald Trump auf einen grossen Präsidenten schnell einigen. Das ist Franklin D. Roosevelt, der seinen Landleuten in der Zeit der Grossen Depression, als Gott das Land verlassen zu haben schien, gesagt hat, er habe Tausenden von Amerikanern und Amerikanerinnen ins Gesicht geschaut und den Blick von verlorenen Kindern gesehen. Roosevelt war mit Ende dreissig an Kinderlähmung erkrankt und konnte sich seitdem nicht ohne Krücken fortbewegen.

Aber er hatte den Mut und das Zutrauen, dem Mutterland der grenzenlosen Möglichkeiten und des freien Unternehmertums ein sozialdemokratisches Programm für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu verordnen. Für Amerikaner, die stolz darauf sind, wie sich die Nation damals in gemeinsamer und gerechter Anstrengung selbst gerettet hat, ist Roosevelt der gute Hirte, der erspürt hat, dass eine Zeit der Umkehr für sein Land gekommen war.

Zweierlei Populismus

Roosevelt ist für sie kein Schönredner und kein Gesundheitsbeter, sondern eine Figur der Kraft, die in mythischer Grösse die darniederliegende Nation wieder aufgerichtet hat. Sein historisches Glück bestand darin, dass die USA dann Schritt für Schritt – unter grossen Opfern, aber mit sicherem Instinkt – zur unbestrittenen [und nach 1989 sogar einzigen Weltmacht](#) aufgestiegen sind.

Träumen die Populisten linker oder rechter Art von solchen Führern, die im Augenblick der Krise eine Idee von Zukunft verkörpern? Dann könnte man sie gewissermassen mit ihren eigenen Mitteln schlagen. Denn Politiker wie Roosevelt, Winston Churchill, Charles de Gaulle oder Willy Brandt, Olof Palme oder Nelson Mandela haben es vermocht, ihren Gesellschaften in schwerer Zeit eine Zukunft zu eröffnen, ohne [die Selbstvergiftung durchs Ressentiment](#) zu befördern und ohne die Bevölkerung in zwei unversöhnliche Lager zu spalten.

Das Beispiel Donald Trump lehrt allerdings, dass die Leute gar nicht mehr auf den guten Hirten hoffen. [Sie trauen dem «Yes we can» nicht mehr](#), sie sind aber auch nicht bereit zur Ernüchterung und zur Rückbesinnung auf eine kleine Politik von Versuch und Irrtum. Sie halten sich dann lieber an einen dubiosen Helden der Cleverness, der in seinem Leben vorgeführt hat, wie man unter widrigen Bedingungen überleben und sogar weiterkommen kann.

Es gibt einen Populismus der kollektiven Grösse und der gemeinschaftlichen Wiederaufrichtung – und einen Populismus des sozialen Pessimismus und des gemeinen Davonkommens. In dem einen steckt ein Funken der Hoffnung, während der andere nichts anderes als das Einverständnis mit der Resignation sucht.

Womöglich stehen die gesellschaftlichen Eliten in der OECD-Welt überhaupt vor dieser Alternative. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass wir Zeugen eines gesellschaftsgeschichtlichen Prozesses sind, in dem eine etwa zwei Jahrhunderte währende Dominanz der entwickelten Ökonomien des «Westens» zu Ende geht.

Die Ökonomien Europas, Japans, Kanadas und der USA richten sich auf [eine Phase «säkularer Stagnation» \(Larry Summers\)](#) ein, während die aufsteigenden Ökonomien in China, Indien, [Vietnam](#) oder Nigeria, gemessen an Wirtschaftswachstum, Bildungsexpansion und Erweiterung sowie Vertiefung der Mittelklasse, aufholen oder sogar vorbeiziehen.

Verkehrte Verhältnisse

Die Verhältnisse haben sich umgekehrt: Die Wirtschaften einstiger Industriestaaten wachsen, wenn überhaupt, deutlich langsamer als die mancher ehemaliger Entwicklungsländer. Und wenn man den Ergebnissen der Vergleiche von sowohl Schulleistungen als auch Patentanmeldungen Glauben schenken darf, überflügeln einzelne Newcomer ihre westlichen Konkurrenten teilweise schon.

Was sollen und können die Eliten ihren Bevölkerungen in Frankreich, in den Niederlanden, in Deutschland oder in der Schweiz angesichts dieser weltgesellschaftlichen Situation versprechen? Sind die guten Hirten aus der klassischen Moderne, die ihre Zweifel überwunden und dem Volk eine kommende Zeit verheissen haben, für die Gesellschaften des Westens noch zeitgemäss? Oder sollen sich die Eliten Figuren wie Odysseus oder Machiavelli, die sich mit List und Klugheit einer bedrohlichen und feindlichen Welt ausgesetzt und gestellt haben, zum Massstab nehmen?

Das Phänomen des Populismus wirft für die Eliten von heute die Frage nach glaubwürdiger Orientierung auf. Man kann sich auf Umfragen verlassen, die Daten über Einstellungstendenzen in Milieus unterschiedlicher Bildungsgrade und unterschiedlicher Abgesichertheit liefern. Die Ergebnisse sind, wenn man Differenzen statistisch ausgleicht, in der Regel nicht alarmierend. Die Menschen sind in puncto persönliche Situation weitgehend zufrieden, fühlen sich in ihrer Nachbarschaft einigermaßen gut und blicken für sich mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft.

Aber aufs Ganze gesehen sind sie skeptisch. Eine Mehrheit der 55- bis 75-Jährigen zeigt sich überzeugt, dass ihre Kinder und Enkel in einer Welt prekärer Berufsbiografien, wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender politischer Instabilität und einer sich zuspitzenden ökologischen Situation leben werden.

Anspruchsvollere Aufgaben

Vor diesem Hintergrund wird es sehr viel anspruchsvoller, Führungsstärke zu zeigen und zur Elite zu gehören. Dazu reichen ein guter Universitätsabschluss, persönliche Smartness und die Kompetenz zur Komplexitätsreduktion allein nicht. Man muss schon bereit sein, für sich selbst die Frage zu stellen, was für eine Zukunft Europa und der Westen überhaupt hat.

Man wird sich vor Augen halten müssen, dass die USA das grösste Schuldnerland Chinas sind, dass ganz Europa in zehn Jahren vielleicht noch sechs Prozent der Weltbevölkerung stellt und dass die katholische Kirche einen Papst hat, der von sich sagt, dass er vom Ende der Welt komme.

Orientierung kann man angesichts dieser weltgesellschaftlichen Verhältnisse nicht in philosophischen Büchern mit prägnanten Zusammenfassungen finden, sondern nur in Fühlungnahme mit den Menschen, mit denen man zu tun hat, und im Blick auf eine Gesellschaft, die auf der Suche nach einer Deutung ihrer Lage in einer sich vor unseren Augen rasant verändernden Welt ist.

Heinz Bude ist Professor für Soziologie an der Universität Kassel, bis 2014 war er am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig. 2016 ist [sein Buch «Über die Macht von Stimmungen»](#) (bei Hanser) erschienen.